

# Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Einziges Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk

Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage

Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich Man G. m. b. H. in Bischofswerda. Fernspr. Nr. 22

**Ercheinungsweise:** Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. **Bezugspreis** für die Zeit vom 4. bis 17. August: Frei ins Haus vierzehntägig Mk. 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 15 Pfg. — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsverleger und die Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

**Postcheck-Konto:** Amt Dresden Nr. 1521. **Gemeindeverbandskassakonto Bischofswerda** Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Verierung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

**Anzeigenpreis** (in Goldmark): Die 43 mm breite einpaltige Grundzeile 20 Pfg., übrige Anzeigen 15 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile (im Textteil) 50 Pfg. Zahlung in Papiermark zum amtlichen Briefkurs vom Zahlungstag, jedoch nicht niedriger als zum Kurs vom Tage der Rechnung. — Rabatt nach Tarif. Für Sammelanzeigen tarifm. Ausschlag. — Erfüllungsort Bischofswerda

Nr. 191.

Sonnabend, den 16. August 1924.

79. Jahrgang

## Schwere Krise in London.

Tageschau.

Der englische Ministerpräsident Macdonald und der amerikanische Botschafter Kellogg haben der deutschen Delegation wissen lassen, daß sie die französische Forderung, die Ruhräumung erst nach Jahresfrist vorzunehmen, billigten, und daß sie den französischen Standpunkt in dieser Frage für gerechtfertigt hielten.

Ein Kabinettsrat des Reichsministeriums billigte die feste Haltung der deutschen Vertreter in London.

Freitag früh 8 Uhr fand eine Besprechung der Reichsregierung mit den Parteiführern statt, in welcher der bisherige Verlauf der Londoner Konferenz und insbesondere die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes besprochen wurde. Das Ergebnis dieser Besprechung soll der deutschen Delegation in London sofort übermittelt werden.

Nach einer Neutermeldung trägt man sich mit dem Gedanken, die Konferenz bei einer ungünstigen Antwort der Deutschen nicht abzubrechen, sondern zu vertagen oder zu verlängern.

Macdonald hat dem französischen Ministerpräsidenten Herriot schriftlich angekündigt, daß er die 20prozentige Abgabe auf die deutsche Einfuhr nach England wieder einzuführen beabsichtigt.

Der deutsche Botschafter in Washington, Wiedfeldt, tritt am 15. September zurück.

Der Reichsminister des Innern hat die „Rote Fahne“ wegen Anstrengung einer gefehlwidrigen Veränderung der Regierungsform und wegen Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegen politische Andersdenkende auf die Dauer von drei Wochen verboten. In Sachsen wurde „Der Kämpfer“ und das „Volksblatt“ auf die gleiche Dauer verboten.

Zu den mit \* bezeichneten Meldungen finden die Leser ausführliches an anderer Stelle.

### England und Amerika

#### billigen Frankreichs Forderungen.

London, 14. August. (Draht.) Wie der Sonderberichterstatter des W. T. B. erzählt, begab sich heute vormittag die deutsche Delegation zu Macdonald, um seine Stellung zu dem zwischen der deutschen Delegation einerseits und den Delegationen Frankreichs und Belgiens andererseits entstandenen Konflikt in der Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes und der anderen widerrechtlich besetzten Sanktionsgebiete kennen zu lernen. Macdonald und der amerikanische Botschafter Kellogg, der sich bei ihm befand, vertreten der deutschen Delegation gegenüber den Standpunkt, daß der französische Vorschlag angenommen werden müsse. In der alsdann stattgefundenen Aussprache der deutschen Delegation mit Herriot betonte dieser, daß die von ihm aufgestellte Forderung der Beibehaltung der Ruhrbesetzung auf ein Jahr gerechnet vom Tage der Unterschrift unter das diese Frage regelnde Abkommen eine Maximalforderung sei, die nicht überschritten werden dürfe. Er lehnte indes jede Abmachung über Einzelheiten der vorzunehmenden Räumung kategorisch ab. Nicht nur in Kreisen der deutschen Delegation, sondern auch in anderen politischen Kreisen Londons herrscht die Meinung vor, daß dieses Vorgehen der französisch-belgischen Delegation von der bislang auf der Konferenz geübten Verhandlungspraxis sehr stark abwich und den Eindruck eines Diktats erwecken muß. Dem Vornehmen nach sind die Besprechungen mit der französisch-belgischen Delegation aber noch nicht abgeschlossen. Die deutsche Delegation hat sich mit der Berliner Regierung und wie man hört, auch mit den Fraktionsführern des Reichstages in Verbindung gesetzt. Um 5 Uhr soll eine Sitzung des Dierzehnerrates stattfinden.

wie London, 14. August. (Draht.) Reuter erzählt, daß die deutschen Vertreter noch keine Entscheidung hinsichtlich der französischen Vorschläge über die Räumung des

Ruhrgebietes getroffen haben. Daher wurde die Frage in der Nachmittagsitzung des Rates der Dierzehn, der um 5 Uhr sich versammelte und ungefähr eine halbe Stunde tagte, nicht geregelt. Die Frage der Räumung der Ruhr wird auch weiter als eine rein deutsch-französische Angelegenheit betrachtet, in die sich die verschiedenen anderen alliierten Delegationen nicht einmischen können, solange keine Entscheidung gefallen ist.

London, 14. August. (Draht.) Wie der Sonderberichterstatter des W. T. B. über die heutigen Verhandlungen weiter erzählt, erklärten Macdonald und Kellogg der deutschen Delegation, man habe sich überzeugt, daß Herriot bei dem Stande der öffentlichen Meinung in Frankreich nicht weitergehen könne, als er getan habe und daß er an der einjährigen Maximalfrist festhalten müsse. Macdonald und Kellogg traten dafür ein, daß der Erfolg der Konferenz nicht an der Frage des Datums der Räumung scheitern dürfe. Die französischen und belgischen Delegierten beantworteten die deutsche Frage hinsichtlich des Beginns des Räumungstages dahin, daß das Jahr am Tage der Pariser Unterzeichnung des Räumungsabkommens beginne. Von französischer Seite wurde betont, daß die Räumungsfrist, da das Gutachten voraussichtlich erst am 15. Oktober in Kraft trete, dann also im Höchstfalle nur 10 Monate betrage. Als selbstverständlich wurde bezeichnet, daß alle sogenannten Flaschenhälse und sonstigen Gebietsstreifen, die im Anschluß an die Ruhrbesetzung von den Franzosen zur Sicherung der Eisenbahntransporte usw. besetzt worden sind, unverzüglich geräumt werden würden. Es handelt sich dabei um Mannheim, Karlsruhe, Offenburg usw. Endlich wurde zugesagt, daß die französischen und belgischen Eisenbahner reiflos zurückgezogen werden sollen. Es wurde lediglich der Vorbehalt gemacht, daß Genietruppen eingreifen dürften, falls die Lebensmittelversorgung der Besatzungstruppen gefährdet würde. Nicht nur in deutschen Konferenzkreisen ist die Überraschung über den völligen Umschwung der französischen Auffassung allgemein. In englischen Kreisen wird die Ansicht vertreten, die Deutschen beachteten nicht genügend die Vorteile des Anerbietens Herriots, der feierlich erklärte, daß die 12 Monate ein Maximum seien, so daß ein noch früheres Räumungsdatum wahrscheinlich wäre, wenn erst durch einen glücklichen Abschluß der Londoner Konferenz eine Atmosphäre des Vertrauens geschaffen sei. Von deutscher Seite wurde demgegenüber betont, daß es nicht sicher sei, ob Herriot, an dessen persönlichen guten Willen niemand zweifle, in einem Jahre noch am Ruhr sein werde. Die Lage erscheint unverändert ernst.

#### Vertagung oder Verlängerung der Konferenz?

London, 15. August. (Draht.) Nach einer Neutermeldung verläuft, daß die Konferenz morgen oder Sonnabend geschlossen werden würde, wenn die deutsche Antwort günstig sein sollte. Würde sie aber ungünstig ausfallen, und sollten die Deutschen gegenüber den Vorschlägen ein non possumus erklären, so würde sich die Konferenz wahrscheinlich sofort auf 2 bis 3 Wochen vertagen, um den verschiedenen Delegierten die Möglichkeit zu geben, nach Hause zurückzukehren, und sich mit ihren Regierungen ins Benehmen zu setzen. Wenn die Antwort weder eine endgültige Annahme noch eine endgültige Ablehnung bedeuten sollte, sondern den Weg für weitere Besprechungen der verschiedenen Punkte und Streitfragen offen lassen sollte, so könnte es möglich sein, daß die Konferenz verlängert würde und daß die Erörterungen fortgesetzt würden. In englischen Kreisen wird betont, daß die britischen Vertreter bisher noch nicht aktiv an den Verhandlungen über die Ruhrfrage teilgenommen haben, obwohl Macdonald zeitweise der Kanal für den Meinungsaustrausch war.

#### Ministerrat in Berlin.

Die Haltung der deutschen Delegation gebilligt. Berlin, 14. August. (Wolff-Telegramm.) Heute morgen 7½ Uhr fand in der Reichskanzlei ein Ministerrat unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten statt. Zur Erörterung stand die durch die gestrigen Verhandlungen zwischen der deutschen, französischen und belgischen Delegation über die

Frage der militärischen Räumung der vertragswidrig besetzten Gebiete entstandene Lage. Der Ministerrat erklärte sich mit der Stellungnahme der deutschen Delegation in vollem Umfange einverstanden.

Der Ministerrat fand auf Grund einer telegraphischen Anfrage des Reichskanzlers statt, als am Mittwoch die Londoner Verhandlungen in die Sackgasse gerieten. Die inzwischen erfolgte Unterstützung des französischen Standpunktes durch England und Amerika war zurzeit des Ministerrates noch nicht bekannt. Es versteht sich von selbst, daß auch dies keinen Einfluß auf die deutsche Haltung ausüben wird. Die gesamte Berliner Presse aller Parteirichtungen, auch der sozialdemokratischen, ist darin einig, daß einer Verlängerung der Ruhrbesetzung nicht zugestimmt werden kann. Wie uns ein Wolffs-Telegramm meldet, bemerken die Berliner Blätter übereinstimmend, daß die deutsche Delegation nach wie vor daran festhalten wird, daß eine möglichst kurze Räumungsfrist für die unberechtigterweise besetzten Gebiete eintritt. Zu dieser Forderung ist Deutschland moralisch sowohl wie rechtlich in vollem Maße berechtigt. Auch der Dawesplan hat die Berechtigung dieser Forderung anerkannt. Die deutsche Regierung ist außerdem im Hinblick auf die ungeheure Katastrophe der Bevölkerung des besetzten Gebietes verpflichtet, festzubleiben, um die Bevölkerung von dem unerbittlichen unerträglichen Druck zu befreien. Die deutsche Delegation wird darüberhinaus ihre Anstrengungen darauf richten, bis zur erfolgten Räumung Widerungen der Besatzungslast zu erzielen und dabei besonders auf die ungenügenden Druckmittel hinzuweisen, die gerade jetzt die unteren Organe der Besatzung der Bevölkerung gegenüber anwenden.

#### Deutschland muß fest bleiben.

Für die deutsche Delegation ist die Sache vollkommen klar: die Franzosen haben durch ihre Drohungen erreicht, daß sämtliche Konferenzteilnehmer umgefallen sind, ihren bisherigen Rechtsstandpunkt preisgegeben und dadurch Deutschland isoliert haben. Man will uns, genau wie im Versailles und in London 1922, so auch jetzt wieder im Wege des Diktates zwingen, Gewaltpolitik als Recht anzuerkennen, unseren christlichen Namen unter ein uneheliches Dokument zu setzen und Verpflichtungen zu übernehmen, die wir nicht erfüllen können. Die Vera Poincarés dauert an; der Umschwung, von dem so viel und so vorzeitig die Rede war, ist nicht eingetreten. Nicht durch unsere Schuld. Die deutsche Regierung hat ein Maß von Selbstlosigkeit und Nachgiebigkeit gezeigt, das in weiten Kreisen der Heimat kaum noch verstanden wurde. Jeder Schritt weiter müßte zu einer schweren inneren Krise führen.

Die Sachverständigen selbst hatten die Wiederherstellung der Einheit und Souveränität des Reiches und damit die wirtschaftliche und militärische Räumung des Ruhrgebietes als eine Voraussetzung für die Durchführung des Gutachtens ausdrücklich anerkannt. Auf dieser Grundlage wurde in London verhandelt. Den Franzosen ist es gelungen, den Tatbestand auf den Kopf zu stellen. Es liegt im Wesen einer Voraussetzung, daß sie erfüllt sein muß, ehe die an sie geknüpften Folgen eintreten können. Es ist einfach sinnwidrig, Ursache und Wirkung zu vertauschen. Wir wissen uns eins, nicht nur mit der gesamten öffentlichen Meinung Deutschlands, sondern mit dem gesunden Urteil der ganzen Welt, soweit sie nicht durch die französische Machtentfaltung eingeschüchtern und gelendet ist, wenn wir die Forderungen der Franzosen rundweg ablehnen, selbst auf die Gefahr eines Scheiterns der Konferenz. Wir hoffen, daß die Reichsregierung diesen Standpunkt teilt, sich nicht durch Drohungen einschüchtern läßt.

Es ist nicht wahr, daß bei einem Abbruch der Londoner Konferenz eine sofortige Katastrophe der deutschen Wirtschaft unvermeidlich sei. Der Wille zur Selbstbehauptung wird seine starke Werbetaufe ausüben. Um ihrer selbst willen werden die ausländischen Mächte von neuem an Deutschland herantreten, um eine Lösung der zahllosen finanziellen Probleme zu suchen. Wir werden diese Entwicklung unterstützen, wenn wir fest bleiben. Wir verschaffen aber der französischen Gewaltpolitik einen glänzenden Erfolg und damit die Sicherheit ihres Fortbestandes für lange Zeit, wenn wir nicht festbleiben. Die Wahl kann nicht zweifelhaft sein. Auch Frankreich möchte das Ruhrabenteuer liquidieren! Auch die französische Industrie hat, wie man mit demertenswerter Leichtigkeit auf Anfrage hin erfahren kann, heute nicht mehr das Interesse am Ruhrgebiet wie zur Zeit Poincarés. Frankreich, die französische Industrie und der französische Haushalt, haben ein viel größeres Interesse an